

## AKTUELL

## KLIMASCHUTZ

# Versuchslabor Lothringen

Pia Oppel

**ArcelorMittal möchte 2011 in Lothringen ein Testprojekt zur unterirdischen Speicherung von CO<sub>2</sub> starten – das Verfahren ist umstritten, aber unumgänglich.**

Der Stahlkonzern teilte am 11. Juni mit, dass das Unternehmen bei den französischen Behörden Genehmigungsanträge für die Erforschung von CCS (Carbon Capture and Sequestration) eingereicht habe. Das Treibhausgas soll am Hochofen der Produktionsstätte im lothringischen Florange abgefangen und dann über Rohrleitungen in 1000 Meter Tiefe gepumpt werden. Langfristiges Ziel ist eine klimaneutrale Stahlproduktion. Bereits seit 2005 steht der europäische Stahlsektor unter Druck, seinen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Bisher waren die Anreize durch das „Emissions Trading Scheme“ (EU ETS) für Europas größte industrielle Emittenten jedoch nicht sehr groß. Während der ersten Allokationsphase von 2005 bis 2008 teilten die EU-Mitgliedstaaten den Konzernen einen Überschuss an Zertifikaten zu, so dass sie zehn Prozent mehr CO<sub>2</sub> hätten emittieren können als vor Einführung des Handelssystems. Auch im Zeitraum 2008 bis 2012 verfügen die Stahlkonzerne wegen der Wirtschaftskrise und des durch sie verursachten Produktionsrückgangs über mehr Emissionsrechte als sie benötigen. Deshalb sollen ab 2013 strengere Vorgaben gelten, damit die Emissionen der ETS-Konzerne bis 2020 tatsächlich um 21 Prozent sinken. Zudem ist beabsichtigt, die Emissionszertifikate nicht mehr gratis zu vergeben, sondern sie zu versteigern. Dann könnte ihr Preis endlich so hoch sein, dass er Investitionsanreize für Klimaschutzmaßnahmen schafft. Zu diesen gehört neben der Effizienzsteigerung, dem Energiesparen und der Umstellung auf erneuerbare Energien auch die CCS-Technologie. Denn ab 2013 gilt CO<sub>2</sub>, das unterirdisch gespeichert wird, als nicht emittiert.

ArcelorMittal hat sich lange dagegen gesträubt, die von der Politik vorgegebene Richtung einzuschlagen, und bereits zweimal beim Europäischen Gerichtshof gegen das Zertifikatssystem geklagt – mit der Begründung, dieses beeinträchtige die Wettbewerbsfähigkeit des Unter-

nehmens. Die Klage wurde jedoch am 2. März 2010 zum zweiten Mal abgewiesen.

Der Konzern hatte ohnehin während der letzten Jahre Vorsorge für die unvermeidbare Umstellung getroffen und sich mit 47 europäischen Unternehmen in einem Konsortium namens „Ultra Low CO<sub>2</sub> Steel“ zusammengeschlossen. Via ULCOS möchte der Stahlsektor seine Forschungsanstrengungen zur Emissionsminderung bündeln. Ein erstes, mit rund 400 Millionen Euro dotiertes und von der EU-Kommission zusätzlich subventioniertes Testvorhaben ist geplant: Es umfasst den Bau eines energiesparenden Hochofens im brandenburgischen Eisenhüttenstadt und das CCS-Projekt in Lothringen.

Umstritten ist CCS, weil es bislang keine verlässlichen Erkenntnisse gibt, wie lange durch hohen Druck verflüssigtes CO<sub>2</sub> in etwa 1000 Meter Tiefe sicher gespeichert werden kann. Weltweit laufen bereits mehrere Versuchsprojekte, bei denen bislang noch kein Gas wieder ausgetreten ist – was natürlich, wie Greenpeace warnt, noch nichts über das langfristige Verhalten des gespeicherten Klimaschädling aussagt. Die Umweltorganisation befürchtet zudem, dass die CCS-Technologie für den Stromerzeugungssektor Anreize schaffen könnte, weiterhin auf fossile Energiequellen zu setzen. Damit aber würde die wegen des Öl- und Gas-„Peak“ ohnehin notwendige Umstellung auf regenerative Energien unnötig verzögert.

Anders sieht es in der Stahlindustrie aus, in der prozessbedingt CO<sub>2</sub> entsteht – ein Anteil von etwa fünf Prozent an den weltweiten Treibhausgasemissionen, der unvermeidbar ist. Felix Matthes, Energieexperte beim Freiburger Öko-Institut, bezeichnet der woxx gegenüber die aufgeladene Diskussion über CCS als eindimensional: „Wer behauptet, wir bräuchten CCS nicht und die Gefahren seien mit der Endlagerung von Atommüll vergleichbar, handelt unverantwortlich. Letztlich ist das sogar eine subversive Strategie, die den erforderlichen Klimaschutz langfristig unmöglich macht. Wenn das Ziel eine nahezu vollständige Dekarbonisierung der Wirtschaft ist, so kommt man an CCS nicht vorbei.“

## SHORT NEWS

## Patate OGM broyée par le Luxembourg

Les perspectives de cultiver au Luxembourg la pomme de terre génétiquement modifiée Amflora de BASF, autorisée en mars par la Commission européenne, viennent d'être réduites en purée. Mercredi, le ministre de la santé Mars Di Bartolomeo a « provisoirement interdit toute mise sur le marché, en vue de leur mise en culture » de ces patates mal-aimées. Comme pour son bannissement du maïs transgénique de Monsanto, le ministre base sa décision sur le principe de précaution : « la présence d'un gène marqueur de résistance aux antibiotiques (...) ne permet pas de conclure à l'innocuité de cette plante », lit-on dans le communiqué. L'initiative « Luxembourg sans OGM », rassemblant 29 ONG, s'est publiquement félicitée de l'interdiction : Après l'Autriche, le Luxembourg serait le deuxième Etat européen à refuser de « se laisser dicter un menu OGM par la Commission ». Ce bras de fer entre la Commission et certains pays membres risque de rendre compliqué le maintien d'une politique agricole commune cohérente. Quant à l'image que donnent d'elles-mêmes les institutions européennes, celle d'être inféodées aux intérêts des multinationales, elle est dès aujourd'hui désastreuse.

## Philanthropie unter der Lupe

Die „Oeuvre Nationale de Secours Grand-Duchesse Charlotte“ hat versucht, zusammen mit CEPS-Instead Licht in das Dunkel der Luxemburger Vereinswelt zu bringen. In einer 77-seitigen Studie wird eine Bestandsaufnahme der zahlreichen privaten Organisationen, die im Kultur-, Sport-, Sozial- oder Freizeitbereich aktiv sind, betrieben. Doch lässt der Ansatzwinkel nur wenig neue Erkenntnisse zu. So beschränkte man sich auf die offiziell als „asbl“ angemeldeten Vereine und musste zudem feststellen, dass ein Großteil der im Handelsregister geführten Organisationen nicht mehr existieren oder auffindbar waren. Dennoch werten die WissenschaftlerInnen die Rücklaufquote von elf Prozent als repräsentativ genug, um recht allgemeine Schlussfolgerungen zu ziehen: Das Luxemburger Vereinswesen sei vital und zu einem großen Teil auf dem Benevolat aufgebaut. Denn nur knapp ein Drittel hat angegeben, über hauptamtliche MitarbeiterInnen zu verfügen. Die Auftraggeber der Studie hatten eigentlich angestrebt festzuhalten, in welchen Bereichen es tatsächlich Defizite gibt, um dort per gezielter Förderung zu intervenieren. Auch wenn dieses Ziel (noch) nicht erreicht wurde, ist die Studie, die unter [www.ons.lu](http://www.ons.lu) eingesehen werden kann, nicht gänzlich unbrauchbar. Sie wirft jede Menge Fragen auf, die zeigen dass Sozialforschung in Luxemburg in den Kinderschuhen steckt und der Nachholbedarf enorm ist.

## woxx wird teurer

Trotz Wirtschaftskrise sind die Preise auf dem Papiermarkt in den letzten Monaten stark angestiegen. Da zudem wegen der schwachen Konjunktur die Einnahmen der Printmedien eher rückläufig sind, ist mittelfristig eine Schieflage vorprogrammiert. Deshalb muss auch die woxx einen Teil der Mehrkosten an die AbonnentInnen und KioskäuferInnen weiterreichen. Ab Juli wird das woxx Jahresabo 80 Euro kosten (bisher 75). Der Auslandszuschlag für Europa bleibt bei 28 Euro und der StudentInnen- und Erwerbslosenrabatt wird ebenfalls unverändert bei 35 Euro belassen. Wer sich vor dem 1. Juli ein woxx-Abo zulegt, kann noch von den alten Preisen profitieren. Das Erst- oder Geschenkabon kostet bis dahin nur 52 Euro im ersten Jahr, ab Juli steigt dieser Preis auf 56 Euro. Der Kioskpreis von derzeit 1,75 Euro wird zu einem späteren Zeitpunkt im Herbst den neuen Bedingungen angepasst. Die letzte Preiserhöhung bei der woxx hat es vor zwei Jahren gegeben. Demnach hat sich die woxx pro Jahr um etwa 3,3 Prozent verteuert. Legt man einen längeren Zeitraum zugrunde, lässt sich allerdings leicht vorrechnen, dass die Printmedien in Luxemburg im Vergleich zu anderen Ausgaben im allgemeinen Warenkorb immer weniger ins Gewicht fallen. Die Gleichung, wonach eine Zeitung so viel kostet wie der gute alte Humpen, gilt schon lange nicht mehr.